



## Folter und Strafe

**Tunesien** Eine Wahrheitskommission arbeitet das Grauen der Diktatur auf und lässt die Aussagen von Opfern wie Tätern im Fernsehen übertragen. Aber sie spaltet das Land. *Von Nicola Abé*

**M**ohamed Ghariani sitzt auf einem Ledersofa in seinem Fernsehzimmer. Es ist Nacht. Ghariani ist allein zu Hause; ein Mann Mitte fünfzig, er trägt weiße Lederschuhe. Vor ihm liegen eine Dose mit Mini-Schokoriegeln und eine Schachtel Marlboro. Auf dem riesigen Flachbildschirm läuft: eine Anklage gegen ihn und das politische System, dessen Teil er war.

Ghariani schiebt sich ein Snickers in den Mund. Im Fernsehen berichten Männer mit schlechten Zähnen und wütenden Au-

gen davon, was ihnen angetan wurde unter dem Diktator Zine el-Abidine Ben Ali, über Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Folter. Ben Ali wurde am 14. Januar 2011 in der ersten Rebellion des Arabischen Frühlings gestürzt. Ghariani war sein persönlicher Berater und Generalsekretär der Regierungspartei RCD. „Da müssen wir jetzt durch“, sagt er, „wir sind jetzt eine Demokratie.“

An diesem Abend wird eine Anhörung der tunesischen „Kommission für Wahrheit und Würde“ im Fernsehen ausge-

strahlt. Mehr als 62 000 Fälle hat die Kommission seit 2014 gesammelt. Es geht um eine Abrechnung mit mehr als 50 Jahren Diktatur, den Versuch einer Versöhnung bei gleichzeitigem Wissen über all das Grausame, was geschehen ist.

Ziel dieser „Übergangsjustiz“ ist es, die Wahrheit über das alte Regime ans Licht zu bringen. Urteile werden nicht gefällt. Die Erfahrungen und vor allem das Leid der Opfer sollen anerkannt werden. Es geht aber auch darum zu verhindern, dass solche Verbrechen durch den Staat je wie-

**Ex-Generalsekretär Ghariani**

„Ich war nur Teil eines Systems“

tors zur Urne gingen, mussten sie tricksen. „Ein Ergebnis um die hundert Prozent hätte schlecht ausgesehen“, erklärt Ghariani mit einem feinen Lächeln um den Mund, „also wurde vorher überlegt, welche Partei wie viel Prozent bekommt, und dann wurden ihnen die entsprechenden Stimmen zugeteilt.“ Künstliche Demokratie nennt er das.

Im Fernsehen redet jetzt ein grauhaariger Ex-Politiker und Zeitungsverleger. Ghariani sieht nur kurz hin. „Ach wissen Sie, er nannte sich Opposition. Aber auf den Partys der Ben-Ali-Familie hat er immer gern gefeiert.“ Im Gegensatz zu ihm ist der Mann live vor Ort. Ghariani hat keine Einladung erhalten. „Ich kann schon verstehen, dass Teile der Öffentlichkeit mich nicht mögen“, sagt er und zündet sich eine Marlboro an.

Der Sitz der Rundfunkunion der Arabischen Staaten befindet sich in einem Industriegebiet am Rand von Tunis. Hier wird die Sendung aufgenommen. Für die Anreise aus seinem Dorf hat Jamal Baraket mehr als eine Stunde gebraucht. Doch er hat noch keine Anhörung verpasst.

Vor dem Eingang stehen Übertragungswagen, Dutzende Polizisten und eine Ambulanz, falls jemand in Ohnmacht fällt. Baraket, ein rundlicher Mann, 50 Jahre alt, muss einen Metalldetektor passieren, um in den Saal zu gelangen. Die Menschen begrüßen ihn freundlich, drücken seine Hand, klopfen ihm auf die Schulter. Die Kommissionsmitglieder sitzen auf einer Bühne. Der Raum ist mit riesigen Bildschirmen ausgestattet; sie zeigen die Gesichter der Aussagenden. Baraket setzt sich auf einen der rot gepolsterten Stühle, faltet die Hände über dem Bauch und hört zu. Er trägt Sandalen. Die Nationalhymne erklingt. Seit über 25 Jahren kämpft er für Gerechtigkeit. Das hier ist vielleicht seine letzte Chance.

Im November vor einem Jahr hat er selbst vor der Wahrheitskommission ausgesagt. Es war die erste öffentliche Anhörung. Vor der Sendung sprach er mit einem Psychologen. Während seiner Aussage konnte er seine Tränen dennoch nicht zurückhalten. „Ich bin hier, um über den Tod meines Bruders zu berichten, der durch die Hände der Polizei in Nabeul starb“, sagte er. Er beschrieb, wie er selbst als junger Mann verhaftet worden war, weil sie seinen Bruder Faysal suchten, der sich in einer Studentenorganisation der islamistischen Ennahda engagiert hatte. Dann, am 8. Oktober 1991, hatten sie Faysal gefunden und brachten ihn auf die Polizeistation.

Baraket hörte die Schreie seines Bruders aus dem Verhörraum, stundenlang. In dieser Zeit zerschlugen sie Faysals Gesicht, prügelten seine Füße und vergewaltigten ihn, vermutlich mit einem Polizeiknüppel, so heftig, dass Faysal noch am selben Tag

starb. Dann trugen sie das, was von ihm übrig war, aus dem Raum, in ein Laken gehüllt, das sich vom Blut rot färbte. Später brachten sie die Leiche in ein Krankenhaus zur Autopsie. Am 17. Oktober informierten die Behörden die Familie darüber, dass Faysal infolge eines Autounfalls verstorben sei. Man habe seine Leiche an einer Straße gefunden.

„Ich will nur, dass das Gesetz angewendet wird“, schloss Baraket seine Zeugen aussage.

Es ist fast Mitternacht, Ghariani sitzt noch immer auf seinem Ledersofa. Eigentlich sollte er längst an der Reihe sein. Aber alle überziehen. Vom Display seines Handys lächeln seine beiden Töchter. Sie studieren in Frankreich, seine Frau ist auch gerade dort. Ghariani selbst darf seit der Revolution das Land nicht mehr verlassen, für Mitglieder des alten Regimes gilt ein Reiseverbot. „Das ist sehr schwierig für uns“, sagt er.

Im vergangenen November, als die öffentlichen Anhörungen der Wahrheitskommission begannen und die Opfer grauenhafte Details offenbarten, über Vergewaltigungen mit Fanta-Flaschen oder die sogenannte Grillhähnchen-Position, bei der man sie an eine Stange gefesselt aufhänge, ging ein Schock durch Tunesien. Damals hätten seine Töchter ihn empört gefragt: „Papa, wie konntest du da mitmachen?“ Seine Töchter seien auf einer französischen Schule gewesen, da lerne man natürlich viel über Humanismus und Menschenrechte. Er zündet sich eine weitere Marlboro an.

Von solchen Dingen, sagt Ghariani, habe er als Generalsekretär der Einheitspartei gar nichts gewusst. „Das System funktionierte in Schubladen“, erklärt er, „man war verantwortlich für sein Gebiet und bekam vom Rest nicht viel mit.“

„Aber Sie waren doch kurz vor der Revolution selbst als Innenminister im Gespräch?“

Ghariani rutscht auf seinem Sofa nach vorn. Man habe schon gewusst, dass es ein Problem gab. Leider sei Ben Ali beratungsresistent gewesen. Er reicht einen Teller mit tunesischen Süßigkeiten herüber, die hat er für die Gäste aus dem Ausland besorgt.

„Ich war nur Teil eines Systems“, sagt er, „das System hatte Fehler.“

Das Dorf Menzel Bouzelfa liegt etwa 40 Kilometer südöstlich von Tunis. Jamal Baraket sitzt auf einer geblühten Matratze auf dem Boden in seinem winzigen Wohnzimmer. Neben ihm ein Stapel Dokumente: Arztberichte, Gesetzestexte, ein Bericht von Amnesty International, Beschwerdebriefe, die er an Politiker geschickt hat.

An den Wänden hängen schwarz-weiße Fotos seines Bruders: ein blasser junger Mann mit großen Augen und einem feinen



JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

der geschehen können. Die Gesellschaft soll Frieden finden. Kann das gelingen?

Auf dem Sessel gegenüber hat Ghariani ein weinrotes Telefon bereitgestellt. Er erwartet Anrufe. Schließlich wird er heute Abend selbst im Fernsehen sprechen, auf Kanal eins. Seine Aussage wurde am Vortag aufgezeichnet. Er ist der erste Zeuge der Täterseite, der per Videobotschaft über die Zeit unter Ben Ali aussagen wird – als Höhepunkt am Ende der Sendung.

„Ich will zeigen, wie das alte System funktionierte“, sagt Ghariani. Er habe sich aus Respekt vor der neuen Verfassung dafür entschieden. Also wird er offenbaren, wie sie gemeinsam die Wahlen fälschten. Ben Ali, so erklärt er, habe Wert auf sein Image gelegt und den Anschein einer demokratischen Regierung erwecken wollen. Da er aber jede echte Opposition unterdrückte und nur die Anhänger des Dikta-

Schnauzbart. Er war 25, als er starb, auf der berüchtigten Polizeistation von Na-beul, in der noch viele weitere starben. Jamal Baraket selbst verbrachte mehrere Monate in Haft, einen Großteil davon in der Polizeistation, über seinen Verbleib wusste die Familie nichts. Auch er wurde gefoltert, aufgehängt, vergewaltigt. Der Vater suchte nach ihm. Am Tod seines Ältesten zerbrach er. Drei Jahre später starb der Vater an einem Herzinfarkt. Auch von ihm hängen schwarz-weiße Fotos an den Wänden, neben den Bildern seines toten Sohnes, als könnte man die beiden dadurch irgendwie lebendig halten, alles ungeschehen machen, diese Familie retten.

Nach seiner Entlassung wandte Jamal Baraket sich an Menschenrechtsorganisationen. Amnesty International und die Uno-Kommission gegen Folter beantragten, eine gerichtliche Untersuchung zum Tod seines Bruders einzuleiten. Doch die Behörden versperrten den Weg. „Soll der tunesische Staat jedes Mal beschuldigt werden, wenn jemand an einem Autounfall stirbt?“, ließ die staatliche Nachrichtenagentur verlauten.

Jahrzehntelang gehörten systematische Folter und Einschüchterung zum Repertoire der autoritären Regierung in Tunesien. Der säkulare Polizeistaat, der sich in seiner Aversion gegen alles Religiöse am ehemaligen Kolonialherren Frankreich orientierte, zielte vor allem auf Islamisten ab. Aber auch linke Oppositionelle, Feministinnen und Journalisten wurden verfolgt.

Doch Tunesien, die Scheindemokratie, hatte das Uno-Abkommen gegen Folter unterzeichnet. Unter dem Druck internationaler Organisationen erklärte der Außenminister 1992 schließlich, man werde den Fall erneut untersuchen, die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen ein, stellte sie aber kurz darauf wieder ein. 1999 befand das Anti-Folter-Komitee der Uno, Tunesien habe das Abkommen gegen Folter verletzt. Immer wieder beantragt Barakets Familie, den Fall vor Gericht zu bringen. Zehn Jahre später stimmt die tunesische Regierung einer Exhumierung des Leichnams von Faysal Baraket zu. Die Staatsanwaltschaft lehnt die Aufforderung ab.

Erst als sich im Dezember 2010 der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi aus Protest gegen das Regime selbst anzündet, ändern sich die Dinge. Der Tod des jungen Mannes löst die Jasmin-Revolution aus, die auf die umliegenden Länder übergreift. Diktator Ben Ali muss nach Saudi-Arabien flüchten. Die erste freie Wahl gewinnt die islamistische Partei Ennahda. Baraket wählt sie damals voller Enthusiasmus.

An einem grauen, regnerischen Tag im März 2013 wird Faysals Leiche tatsächlich exhumiert. Am Grab steht Jamal Baraket, als die sterblichen Überreste seines Bruders aus der Erde gehoben werden. Exper-

ten von Amnesty International und ein Pathologe sind aus Großbritannien angereist. Als Todesursache stellt der britische Professor für Forensik innere Verletzungen fest – verursacht durch einen rektal eingeführten „Gegenstand“.

Dann wartete Baraket wieder darauf, dass irgendetwas passiert. Der Fall ist vor Gericht. Die Zeugen sind nicht auffindbar, manche sind geflohen, andere erscheinen nicht – oder sie streiten alles ab. Dabei kennt Baraket ihre Namen. Er weiß, wo sie wohnen und wann sie ihre Töchter heiraten. Er verfolgt ihre Karrieren, ihre Beförderungen. Manchmal trifft er einen auf der Straße. Er fängt dann an zu schwitzen und zu zittern.

Als die Wahrheitskommission 2014 ihre Arbeit aufnahm, schöpft Baraket noch einmal Hoffnung. Vielleicht, so glaubt er, würde es am Ende doch Gerechtigkeit geben.



Kommissionspräsidentin Bensedrine

„Wir machen Fortschritte“

Nach seiner Anhörung kontaktieren ihn Tausende auf Facebook; Menschen auf der Straße wollen ihn umarmen. Sogar einer seiner ehemaligen Folterer meldet sich bei ihm und bittet um Verzeihung.

Doch dann passiert: nichts. „Warum wird die Sendung nur noch auf diesem kleinen Sender ausgestrahlt, den sowieso keiner guckt?“, fragt er, auf seinem Gesicht der Schatten der Resignation, „warum müssen die Verbrecher nicht aussagen?“

Die Frau, die Barakets Fragen beantworten kann, ist viel beschäftigt – auch damit, sich selbst zu verteidigen. Ihr gilt der Hass des gesamten Landes. Die einen sind unzufrieden mit ihrer Performance. Die anderen wollen den Prozess möglichst schnell abschließen. Sihem Bensedrine,

Spitzname „die Löwin“, Journalistin und Menschenrechtsaktivistin, unter Ben Ali selbst inhaftiert, ist Präsidentin der Kommission für Wahrheit und Würde, eine zierliche Frau mit energischen Augen und Perlenkette. Ihre Frisur und ihr Dienstwagen wurden öffentlich infrage gestellt. Sie wurde als Prostituierte beschimpft. Ihr Leben wurde bedroht. Einen Bodyguard lehnte sie ab. „Wenn mich jemand umbringen will, dann macht er das, dann ruft er nicht vorher an“, sagt Bensedrine.

Die Anhörungen der Kommission orientieren sich an Vorbildern in Polen oder Südafrika. Ein weites Spektrum an Verbrechen soll öffentlich gemacht werden, von Korruption und Wahlfälschungen bis zu Folter und Morden. Doch anders als in Südafrika, wo die Wahrheitskommission die Verbrechen des Apartheidregimes aufgearbeitet hat, sprechen die Folterer bisher nicht öffentlich. „Eine direkte Begegnung von Opfern und Tätern ist nicht sinnvoll“, sagt Bensedrine. Diese Erfahrung sei traumatisch. In Südafrika hätten sich Opfer nach den Anhörungen das Leben genommen. „Außerdem sind die Leute zu den Häusern der Täter gezogen und haben sie ermordet.“

Eine exklusive Anhörung für Täter sei noch geplant. Es sei aber wichtig zu verhindern, dass die Befehlsgeber von damals die Verantwortung an die lokalen Folterer abgeben. „Solange wir sie nicht schützen können, können wir sie nicht preisgeben“, sagt Bensedrine.

Doch zum Übergang in einen Rechtsstaat gehört auch die juristische Verfolgung von Verbrechen. Aufgabe der Kommission ist es daher, schwerwiegende Fälle an spezielle Kammern weiterzugeben und damit in das Justizsystem zu überführen. Bisher ist das noch in keinem einzigen Fall passiert. Die Kommission konzentrierte sich auf das Sammeln von Zeugenaussagen und die öffentlichen Anhörungen im Fernsehen. Ein wichtiger Teil der Übergangsjustiz, die Bestrafung von Tätern, fehlt.

„Ist Ihre ganze Wahrheitskommission vor allem eine Show, um den Anschein von Gerechtigkeit zu erwecken?“

„Das weise ich zurück. Natürlich nicht.“

„Warum wurden noch keine Akten an die Justiz übergeben?“

„Wir machen Fortschritte. Wir werden bald die ersten Fälle übergeben.“

Doch selbst dann ist unklar, ob es jemals zu rechtskräftigen Urteilen kommen wird.

Das Gesetz zur Übergangsjustiz, das 2013 verabschiedet wurde, widerspricht in mehreren Punkten der tunesischen Verfassung. Es listet zum Beispiel verschiedene Verbrechen auf, die im tunesischen Strafgesetzbuch nicht vorkommen – für die Richter dürfte das ein Problem werden. Rechtsexperten bemängeln zudem, dass die Posten in der Kommission aus politi-



JONAS OPPERSKALSKI / DER SPIEGEL

**Aktivist Baraket, Mutter mit Foto seines ermordeten Bruders:** „Warum müssen die Verbrecher nicht aussagen?“

schen und nicht aus fachlichen Gründen vergeben worden seien.

Dass ihre Kommission in einer Krise steckt, will Bensedrine gar nicht abstreiten. Die Verantwortung dafür sieht sie allerdings anderswo. „Wir arbeiten in einem uns nicht wohlgesinnten Umfeld“, sagt sie. Jene, die im Land die Macht haben, glaubten nicht an die Übergangsjustiz. Heute wird Tunesien von einer Koalition aus Ennahda und Nidaa Tounes geführt, einer Partei, in der viele Akteure des alten Systems eine Heimat gefunden haben. Die postrevolutionäre, rein islamistische Regierung hielt nur kurz. Nach zwei politischen Morden an linken Oppositionellen im Jahr 2013 gab sie unter dem Druck der Zivilgesellschaft freiwillig die Macht ab. Für den vergleichsweise friedlichen Übergang zum demokratischen Staat gewann das sogenannte Tunesische Quartett für den Nationalen Dialog sogar den Friedensnobelpreis 2015.

Nun stellt die Partei Nidaa Tounes sowohl den Premier als auch den Präsidenten. Die Regierung verabschiedete im Oktober eine Gesetzesänderung, die korrupten ehemaligen Offiziellen tatsächlich Straffreiheit garantiert, wenn sie das eingenommene Geld wieder zurückgeben. Der Präsident, Béji Caïd Essebsi, während der Diktatur unter anderem als Innenminister und Verteidigungsminister tätig,

erklärte öffentlich, die Vergangenheit solle ruhen, und weigerte sich, an den öffentlichen Anhörungen teilzunehmen.

Der Konflikt um die Wahrheitskommission legt die Risse in der tunesischen Gesellschaft offen, zeigt die Spannungen zwischen den Erben des alten Systems und den vielen Opfern, die nun gemeinsam regieren und leben sollen. Das alte Establishment sieht die Kommission als Bedrohung und brandmarkt sie als „Werkzeug der Opposition“. Die Kommission hat noch immer keinen Zugang zu Daten des Innenministeriums, des Justizministeriums, der Polizei und der Militärgerichte. Ende 2014 begleitete Bensedrine einen Konvoi bis zum Archiv des Präsidenten, um die Herausgabe von Akten aus 60 Jahren autoritärer Herrschaft einzufordern. Bewaffnete Sicherheitskräfte hielten sie auf.

„Wir wissen alles, aber wir haben keine Beweise“, sagt Bensedrine. Die Arbeit ihrer Kommission ist auf vier Jahre angelegt, eine Verlängerung um ein Jahr ist möglich. Doch die Zeit renne ihr davon. „Wir kommen nicht zur Spitze durch, zu denen, die die Befehle gegeben haben.“ Das alte System kooperiere nicht. Das neue System sei vom alten durchwachsen. Je höher man gehe, desto mehr seien noch dort.

Kurz vor ein Uhr in der Nacht ist es endlich so weit. Gharianis Anhörung wird im

Fernsehen ausgestrahlt. Er trägt ein graues Jackett und ein ordentlich gebügeltes Hemd, aber keine Krawatte. Um seinen Mund wieder das feine Lächeln. Er vermeidet die Worte „ich“ oder „wir“. Er spricht von „ihnen“, vom „Büro der Regierung“ oder davon, wie die Dinge „arrangiert wurden“. Er schwitzt ein bisschen.

Danach rufen seine Töchter und seine Frau an. Sie seien stolz auf ihn. Auch ein paar ehemalige Kollegen melden sich. Sie gratulieren ihm zu seinem Mut.

Mehr als ein Jahr verbrachte Mohamed Ghariani nach der Revolution in einem Gefängnis, angeklagt wegen Amtsmissbrauchs. Seine Familie wollte, dass er aus der Politik aussteigt. Doch Ghariani ist Politiker seit seinem 17. Lebensjahr. Er hatte andere Pläne. Er fand, es sei Zeit für einen Neuanfang. Zunächst trat er Nidaa Tounes bei, dann verließ er die zerstrittene Partei und schloss sich der neuen Partei Almoubadara an, nun ist er einer ihrer Vorsitzenden. Sein Ziel, so erklärt er, sei es, „das Erbe Ben Alis zu bewahren und mit dem Geist der Revolution zu vereinen“. Er sei Soziologe. „Anpassung“, das habe er verstanden, sei die wichtigste menschliche Eigenschaft.

Dass ausgerechnet er für seine Verbrechen während der Diktatur bezahlen soll, dass er eine Schuld trägt, auf diese Idee

**SPIEGEL TV MAGAZIN**

SONNTAG, 26. 11., 23.00 – 23.45 UHR | RTL

**Verweigern statt regieren** – Das Ende von Jamaika, die Drückeberger von der SPD und eine Kanzlerin auf Abruf; **Rein ging's mit der Ramme** – Exklusiver Einblick in Ermittlungen der Bundespolizei gegen eine Schleusertruppe; **Codename „Kickbox“** – IS-Rückkehrer vor Gericht

**SPIEGEL GESCHICHTE**

MONTAG, 27. 11., 21.15 – 22.00 UHR | SKY

**Der letzte Diplomat – Markus Meckel und die DDR**

Markus Meckel wollte seine ostdeutsche Heimat niemals verlassen. Er trat an, das System von innen zu reformieren: als Gründervater der sozialdemokratischen Partei der DDR.

**ARTE RE**

DIENSTAG, 28. 11., 19.40 – 20.10 UHR | ARTE

**Re: Chinesen auf Einkaufstour – Die Weinregion Bordeaux im Wandel**

Reiche chinesische Investoren kaufen Weinberge und Schlösser im Südwesten Frankreichs. Sie sind begeistert von der Lebensart und von den Bordeaux-Weinen. Makler in Frankreich freuen sich über den Boom, die Einheimischen stehen den neuen chinesischen Nachbarn skeptischer gegenüber.

**ARTE RE**

MITTWOCH, 29. 11., 19.40 – 20.10 UHR | ARTE

**Re: Per Mausclick zum Welpen – Das mafiose Online-Geschäft mit der Ware Hund**

Der Handel mit Hundewelpen ist lukrativ, deshalb zieht er auch Kriminelle an, im Internet werben



**Berliner Tierschützer Stefan Klippstein**

sie mit Fotos niedlicher Tierbabys. Was die Käufer nicht wissen: Viele dieser Hunde stammen aus „Vermehrstationen“ in Osteuropa, sind häufig krank und verhaltensgestört.



**Hinterbliebener Baraket am Grab seines Bruders:** Schwitzen und zittern

kommt er nicht. „Es geht darum, das System zu verändern, nicht darum, den Einzelnen zu bestrafen“, sagt Ghariani. Man müsse den ewigen Kreislauf von Misshandlung und Strafe durchbrechen, sonst mache man weiter wie vor der Revolution. „Es liegt nicht im Interesse des Landes, all die Fälle vor Gericht zu bringen.“ Versöhnung, das sei das Ziel dieser Wahrheitskommission. Ghariani war mal Botschafter in London und auch Gouverneur von Sidi Bouzid, wo die Revolution vor sechs Jahren begann. „Die Leute dort sprechen immer noch gut über mich“, sagt er und greift nach einem Schokoriegel.

Jamal Baraket steht am Grab seines Bruders und reckt die Hände gen Himmel. Unter einem Olivenbaum liegen zwei Grabsteine. Ein einfacher, er stammt aus der Zeit vor der Exhumierung, und einer aus Marmor, den fügte die Familie bei der zweiten Bestattung hinzu. Baraket betet. Er ist enttäuscht. Er habe weder eine Entschädigung erhalten, noch hätten die Folterer seines Bruders gestanden. Alles, was er bisher bekommen hat, ist die Dauerkarte für eine Fernsehshow.

„Am Anfang hatten die Täter noch Angst“, glaubt er „jetzt denken sie, dass sie die Sache aussitzen können.“ Es müsse Urteile geben. „Sonst fühlen sie sich unangreifbar. Sonst wird es nie aufhören mit der Folter in Tunesien“, sagt Baraket. Dann hätte der Tod seines Bruders, hätten das Leid seiner Familie und sein eigener, seit über 25 Jahren andauernder Kampf nicht den geringsten Sinn.

Gharianis Neuanfang, das ist das Problem, ist eine Demütigung für Baraket. Für die Opfer ist es bitter, wenn die Wahrheit zwar öffentlich wird, aber keine juristi-

schen Konsequenzen aus ihr folgen. Wie sollen die Bürger ihr Vertrauen in den Staat zurückgewinnen? Der Prozess der Übergangsgerechtigkeit in Tunesien wird von der Uno mitfinanziert und im Rahmen einer „Transformationspartnerschaft“ auch vom Auswärtigen Amt unterstützt. Ob er seine Ziele erreichen wird, ist fraglich. Studien haben ergeben, dass Übergangsgerechtigkeit und Versöhnung nur funktionieren, wenn es auch Gerichtsverfahren gibt.

Tunesien, das einzige Erfolgsmodell des Arabischen Frühlings, das einzige Land, das nicht chaotisch zerfiel wie Libyen oder Syrien oder wieder zu einer rigiden Militärdiktatur wurde wie Ägypten, droht zu scheitern – wenn der Prozess der Übergangsgerechtigkeit scheitert.

Jamal Baraket ist nur einer von Tausenden. Der Wissenschaftler Sami Braham etwa, der selbst jahrelang inhaftiert war, offenbarte vor der Kommission, wie in Gefängnissen systematisch gefoltert und sexuell missbraucht wurde. Die bekannte feministische Aktivistin Ahlem Belhadj beschrieb, wie sie mehrfach verhaftet wurde, wie man ihr Auto anzündete, ihr Internet und Telefon abstellte und wie man drohte, ihre Kinder zu entführen.

Wen muss man bestrafen, damit die Gesellschaft Frieden finden kann? Die Entscheider, die sich hinter dem „System“ verstecken wie Ghariani? Die Mitläufer, die mit ihrem Schweigen Gewalt und Missbrauch mitgetragen haben? Oder auch die vielen Folterer aus der Nachbarschaft?

In der tunesischen Realität sieht es so aus, als blieben die Großen straffrei, weil sie noch immer an der Macht sind. Sie versuchen, das Land durch rigide Antiterror- und Amnestiegesetze wieder in Richtung

Polizeistaat umzubauen. Die lokalen Folterer, für die es keine Amnestie gibt, bleiben straffrei, weil sie geschützt werden sollen und weil die Politik mit der Vergangenheit abschließen will.

Der Weg zu Barakets ehemaligem Folterer führt durch ärmliche Ortschaften und über eine unbefestigte Straße. Der Mann wohnt in einem Dorf namens Niara. „Groß und kräftig, mit einem grauen Bart und stehenden Augen“, so hat Baraket ihn beschrieben. Er steht auf der Straße.

„Sind Sie Mohamed G.?“

„Warum?“

„Wir würden gern mit Ihnen über Ihre Zeit in der Polizeistation von Nabeul reden.“

„Ich bin nicht Mohamed G.“, sagt der Mann, steigt in einen grauen Peugeot und rast davon.

Dann überlegt er es sich anders. Der Peugeot rast rückwärts. Wir sollen mitkommen, auf eine Polizeistation, keine 200 Meter entfernt. Dort werden wir festgesetzt. Die Familie des Folterers bleibt in der Tür stehen, um den Weg nach draußen zu versperren. Der diensthabende Polizist ruft seinen Chef an. Handys dürfen nicht benutzt werden, bei dem Versuch gehen die Angehörigen des Folterers dazwischen.

Eine Tochter von G. ist dazugekommen, sie ist selbst Polizistin. Der Vorgesetzte erscheint nach einer halben Stunde. Schließlich wird entschieden, die Journalisten nicht freizulassen, sondern in die nächstliegende Station der Militärpolizei in Grombalia zu überführen.

Auf dem Weg dorthin gelingt es, eine Nachricht an die Redaktion zu schicken.

Es ist Freitagnachmittag. Im lokalen Hauptquartier der Militärpolizei warten alle auf den nächsthöheren Offizier. Die Handys müssen auf den Tisch gelegt werden. Anrufe sind nicht gestattet. Die Befragung dauert gut zwei Stunden. Die meiste Zeit brüllt der Mann. Er will wissen, woran die Journalisten arbeiteten. „Eine Geschichte über die Wahrheitskommission.“ Woher der Name des Folterers bekannt sei? „Aus dem Internet.“ Das scheint die Polizisten nur noch nervöser zu machen, schließlich geht es um einen von ihnen.

„Wir haben nur eine Frage gestellt. Ist es ein Verbrechen, eine Frage zu stellen?“ „Vielleicht“, sagt einer der Männer.

Wir wissen, dass es nicht allzu lange dauern kann, dass hinter uns eine Redaktion steht und eine Botschaft. Wir wissen, dass wir deutsche Pässe haben. Und dann drängen sich dort, zwischen den Männern in

dieser Polizeistation, Gedanken an jene Menschen auf, die weniger Macht haben. Nicht nur jene Geschichten von Menschen der Vergangenheit tauchen auf, wie die von Faysal Baraket, sondern auch jene über Einschüchterung, Gewalt und sexuellen Missbrauch, die die Schwachen und Staatsfeinde von heute erzählen, Homosexuelle, Flüchtlinge oder die Familien von jungen Männern, die sich dem IS angeschlossen haben.

Es sind die gleichen Leute, die uns gegenüberstehen. Es passiert noch immer.

Als die vierthöhere Hierarchiestufe erscheint, hat die deutsche Botschaft bereits angerufen. Das Innenministerium in Tunis ist informiert. Der Ton ändert sich. Alles, was hier geschehen sei, diene nur unserer eigenen Sicherheit, erklärt einer der Befrager von vorher.

„Seit der Revolution sind wir alle gefickt“, meckert ein anderer im Hintergrund.

Später ruft einer an. Wann und wo denn diese Wahrheitskommission im Fernsehen laufe, fragt er. Er wolle sich das mal ansehen.

Dann, nachts, klingelt das Telefon wieder: Sie wollen wissen, in welchem Hotel wir sind.

Twitter: @NicolaAbe